

## Unabhängigkeit und Selbstbestimmung

Die SVP setzt sich für die Wahrung einer unabhängigen und neutralen Schweiz ein. Der Ausverkauf der Schweizer Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss gestoppt werden. Deshalb darf unser Land nicht weiter schleichend in internationale Gebilde, beispielsweise die EU, eingebunden werden. Die SVP bekennt sich auf der Basis der Neutralität zu einer glaubwürdigen Politik der guten Dienste, der Vermittlung und der humanitären Hilfe.

**Verfassung missachtet**

Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.» Das Volk als Souverän bestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschehnisse und die Zukunft der Schweiz. Diese in unserer Bundesverfassung verankerten Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Neutralität werden von Bundesrat, Bundesverwaltung, aber auch von Gerichten und verschiedenen Rechtsprofessoren schleichend unterwandert.

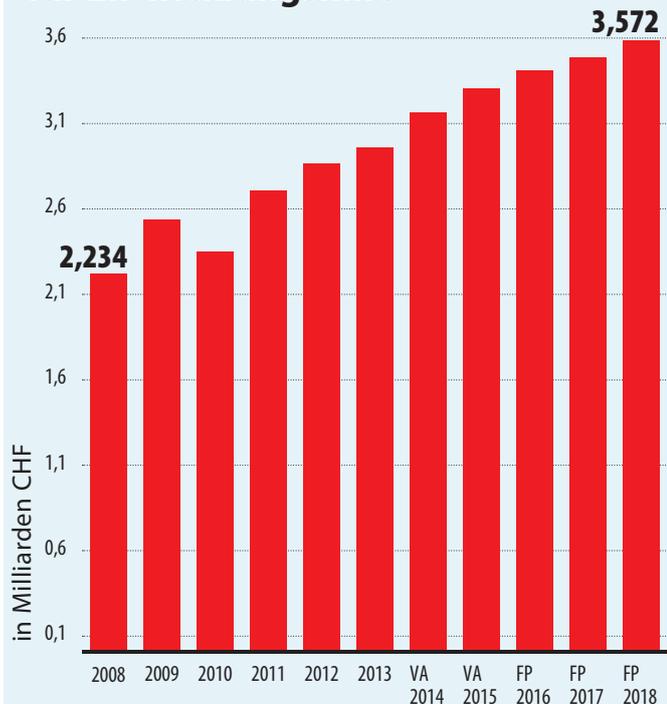
**Neutralität wird ausgehöhlt**

So schert sich beispielsweise heute das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) kaum mehr um eine neutrale und unparteiische Haltung in Konflikten. Diplomaten und Bundesräte lassen sich lieber im Scheinwerferlicht feiern und schlagen sich dabei offen auf eine Seite in machtpolitischen Auseinandersetzungen, in denen sie für eine glaubwürdige Vermittlung und für die humanitäre Hilfe besser eine umfassend neutrale Haltung eingenommen hätten. Es widerspricht auch diametral der Neutralität, wenn die Schweiz einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anstrebt. Dies ist aber der Plan der Classe politique in Bern. Der



Mehr Infos zur Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter: [www.selbstbestimmungsinitiative.ch](http://www.selbstbestimmungsinitiative.ch)

## Jährlich über 3 Milliarden CHF für Entwicklungshilfe



Quelle: Zusatzdokumentation des EDA zum Voranschlag 2015

VA = Voranschlag FP = Finanzplan

UNO-Sicherheitsrat ist der Ort, wo über den sogenannten Weltfrieden und somit auch über Kriege und Sanktionen bestimmt wird. Dabei eine unparteiische Haltung einzunehmen, ist nicht möglich. Diese Einmischung in das weltweite Gerangel um Macht und Ansehen hat die Schweiz nicht nötig und ist gefährlich.

### Internationales Recht wird priorisiert

Heute wird das internationale Recht in aller Offenheit höher eingestuft als das im eigenen Land von Parlament und Volk erlassene Recht. Dies zeigt sich darin, dass immer mehr Volksinitiativen nicht oder nicht korrekt umgesetzt werden. Dieses fremde Recht, das oft trügerisch allgemein als Völkerrecht betitelt wird, ist aber wenig oder oft überhaupt nicht demokratisch legitimiert. Auch der verfälschende Bezug zu den Menschenrechten ist irreführend. Was heute im politischen Kalkül um Macht und Einfluss als Menschenrechte bezeichnet wird, hat nichts mehr mit der anfänglichen Bedeutung zu tun, sondern ist eine ideologisch meist zu Gunsten einer zentralistischen, staatsgläubigen und sozialistischen Lösung hinführende Weiterentwicklung und Weiterinterpretation der ursprünglichen Charta der Menschenrechte durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die internationalen Gerichte legen ihre Zurückhaltung immer mehr beiseite, mischen sich in nationales Recht ein und missachten die Verfassungen der Staaten. Selbstbestimmung und Eigenständigkeit bei der Rechtsetzung werden damit immer mehr ausgehöhlt.

### Der schleichende EU-Beitritt

Der grösste Verstoß gegen jegliche Werte der Schweiz stellt die geplante institutionelle Anbindung an die EU dar. Der Bundesrat und die EU wollen, dass die Schweiz sich der dynamischen EU-Rechtsentwicklung und -Rechtsprechung unterwerfen muss. Es sollen nicht nur fremde Gesetze übernommen und fremde Richter akzeptiert werden, sondern fremde EU-Beamte sollen die Schweiz auch einseitig überwachen und kontrollie-

ren dürfen. Ein Rahmenvertrag über alle anderen bilateralen Verträge soll diese institutionelle Einbindung vollstrecken. Die Schweiz müsste die masslos fortschreitende Rechtsentwicklung der EU zwingend übernehmen. Die Regulierungsflut würde von der EU auf die Schweiz überschwappen. Zudem soll der EU-Gerichtshof bei Streitigkeiten die Schweiz verbindlich verurteilen dürfen. Dieses unterwürfige und in die Abhängigkeit führende Projekt muss daher verhindert werden. Die Schweiz muss ihre Unabhängigkeit behalten, um ihren Wohlstand und ihren wirtschaftlichen Erfolg verteidigen zu können.

### **Auslandhilfe beschränken**

Die Geschichte der Entwicklungshilfe ist eine einzige Abfolge von Enttäuschungen und Fehlschlägen. Trotz jahrzehntelanger Zahlungen von immensen Summen durch den Westen geht es etwa dem afrikanischen Kontinent schlechter als früher. Bürgerkriege, Korruption und Staatszerfall bedrohen viele Länder. Nach wie vor halten die Migrationsströme von Süd nach Nord an und lassen nur einen Schluss zu: Die teuren staatlichen Hilfsprojekte der letzten Jahrzehnte haben ihr Ziel verfehlt. Oft werden nicht nur öffentliche Mittel verschwendet, sondern diktatorische, korrupte Regimes und Clans indirekt am Leben erhalten. Dies zeigt, dass grosser Handlungsbedarf besteht. Die Mittel dürfen nicht erhöht werden. Vielmehr ist das Engagement auf das Wesentliche und Wirksame zu beschränken und das Gewicht auf die humanitäre Hilfe im Sinne der schweizerischen Tradition zu legen.

### **Gute Dienste**

Das Engagement des Roten Kreuzes, der humanitäre Einsatz der Schweiz und beispielsweise der Standort Genf gehören zu unserem positiven internationalen Renommee und stützen die unparteiische und allseitig offene Haltung der Schweiz. Diese erfolgreiche Rolle ist jene des Sanitäters am Spielfeldrand, der rasch, unbürokratisch, unauffällig und unparteiisch Erste Hilfe leistet. Die diskreten diplomatischen Bemühungen um Frieden

und Versöhnung sind den lauten Deklarationen im Rahmen des Konferenztourismus vorzuziehen. Während das humanitäre Engagement bestehen bleiben soll, muss bei der Entwicklungshilfe aufgeräumt werden. So sollte beispielsweise das Ausrichten von Entwicklungshilfegeldern an Rücküberführungsabkommen für Asylbewerber gekoppelt werden. Und anstatt die Ausgaben für Entwicklungshilfe immer weiter zu erhöhen, ist die private Spendenbereitschaft durch Steuerentlastung zu fördern.

### **Unparteilichkeit zahlt sich aus**

Der Bundesrat muss wieder zu einem dauernd bewaffneten, immerwährenden und umfassenden Neutralitätsverständnis zurückkehren. Umfassende Neutralität meint dabei eben nicht nur eine rein juristisch und militärisch verstandene Neutralität (Neutralitätsrecht), sondern zusätzlich eine gelebte Neutralität (Neutralitätspolitik), die das gesamte Handeln der Regierung in der Aussenpolitik jederzeit zur Unparteilichkeit und Nicht-einmischung verpflichtet. Die Schweiz benötigt dafür aber auch die Verteidigungsbereitschaft in Form einer einsatzbereiten Milizarmee mit genügend Personal, Budget und Material, welche die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz erst glaubwürdig macht. Der Bund darf keine einseitige Sanktionspolitik (diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich) mittragen, auch nicht solche der UNO, der EU oder der OSZE.

### **Beziehungen zur ganzen Welt**

Die Schweiz hat zudem ihre Bestrebungen zu intensivieren, mit allen Staaten und Kulturen Handel zu treiben und sich in diesem Bereich nicht einseitig auf die EU zu fokussieren. Zu dieser universalistischen Aussenhandelspolitik gehört die bewusste Diversifikation durch ausgewogene Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Staaten, denn Handel ist auch die beste Grundlage für freundschaftliche Beziehungen und dauerhaften Frieden. So sind wirtschaftliche Verknüpfungen auch Ausdruck von gegenseitigen gemeinsamen Interessen. Wirtschaftspolitische Beziehungen bedürfen keiner politischen Institutionen, Organisationen und

Anbindungsversuche. Das eigene Recht muss dem Recht bürgerferner internationaler Institutionen vorgehen. Vereinheitlichung und Gleichmacherei widersprechen sogar dem Freihandel. Freiheit, Innovation und Erfolg leben von Konkurrenz und Wettbewerb.

### **Erfolgreiche Schweiz dank EWR-Nein**

Die Bürgerferne und die Defizite der Brüsseler Bürokratie sind zu Recht Gegenstand ständiger Kritik. Die Schweiz ist demgegenüber in



Der internationale Standort Genf – hier der UNO-Sitz – gehört zu unserem positiven internationalen Renommee und stützt die unparteiische und allseitig offene Haltung der Schweiz.

sämtlichen Ranglisten der EU überlegen: bei Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar beim Glücksgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den selbstgefälligen Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie mit Mitspracherechten des Volkes. Und es ist das Verdienst der SVP, seit über zwei Jahrzehnten auf der Seite der Bevölkerung gegen den EU- und EWR-Beitritt gekämpft zu haben. Interessanterweise läutete der Nichtbeitritt zum EWR entgegen allen Vorhersagen und Behauptungen nicht den Untergang der Schweiz ein. Der Schweiz geht es seit den 1990er-Jahren wirtschaftlich besser denn je – dies gerade wegen der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. So erstaunt es, dass im Verhältnis zur EU heute wieder die alte Leier ertönt: Ohne Anbindung oder ohne weitere Abkommen mit der EU würden wir in die Armut verfallen, posauen Verwaltung und Wirtschaftsfunktionäre ins Land hinaus. Offensichtlich ist aber diesen Angstmachern nicht zu glauben.

### **Keine Einbindung in die EU**

Die Schweiz braucht zwar gute wirtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zur EU, aber keinesfalls sind wir auf eine staatliche Einbindung angewiesen, die uns einzig in die Unterwürfigkeit führt. Bilaterale Beziehungen und Verträge in beidseitigem Interesse sind zu befürworten, aber keine EU-Integrationspolitik, die als Endziel den EU-Beitritt hat oder uns immer abhängiger und angepasster macht, bis wir schleichend doch drin sind. Die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Schweiz sowie die Volksrechte müssen gestärkt werden. Weitere Anpassungen und Angleichungen an die EU dürfen nicht hingenommen werden. Wieso sollen wir uns einem offensichtlich schlechteren System angleichen, das geprägt ist von Jugendarbeitslosigkeit, Armutssymptomen, Bürgerferne, Bürokratie und Zentralismus? Die erfolgreichen Werte der Schweiz wie Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie, Föderalismus und Marktwirtschaft müssen unablässig verteidigt werden.

STANDPUNKTE

**Die SVP**

- bekämpft den schleichenden EU-Beitritt. Selbstbestimmung bedeutet: keine institutionelle Einbindung in die EU und damit keine dynamische Rechtsübernahme und keine fremden Richter;
- setzt sich dafür ein, dass Schweizer Recht vor internationalem, fremdem Recht gilt;
- stellt mit der Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» die Selbstbestimmung über das eigene Recht sicher und sorgt dafür, dass Volksentscheide wieder umgesetzt werden;
- verlangt als oberste Ziele unserer Aussenpolitik die Stärkung von Freiheit, Selbstbestimmung, Volksrechten, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz;
- bekämpft jede Aufweichung der immerwährenden, dauernd bewaffneten Neutralität – vielmehr ist diese glaubwürdig zu stärken;
- verlangt, dass die Schweiz als Kleinstaat die bewährte Leistung Guter Dienste durch Diplomatie, IKRK und Korps für Humanitäre Hilfe lebt, statt Grossmachtallüren zu zeigen und einseitige Verurteilungen vorzunehmen;
- widersetzt sich der Einsitznahme der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat;

STANDPUNKTE

**Die SVP**

- verlangt, dass die staatliche Entwicklungshilfe an die Rücknahme von Asylbewerbern gekoppelt wird;
- strebt Beziehungen mit allen Staaten der Welt auf der Basis von klassischen Freihandelsabkommen an, statt sich auf die EU zu fixieren.

VORTEILE +

**Das bringt mir**

- ✓ als Stimmbürger die Sicherheit, auch in Zukunft selber bestimmen zu können, welche Regeln in der Schweiz zu gelten haben;
- ✓ als Unternehmer gute Beziehungen zur ganzen Welt;
- ✓ als Steuerzahler die Gewissheit, nicht für die Misswirtschaft anderer Länder mitbezahlen zu müssen;
- ✓ als Bürger eine Regierung, die sich für die Interessen der Schweiz und ihrer Bürger einsetzt, statt das Rampenlicht der Weltbühne zu suchen.